

Samtgemeinde Bruchh.-Vilsen

N i e d e r s c h r i f t

über die 19. Sitzung des Planungsausschusses am 28.11.2005

im/in der

Sitzungssaal des Rathauses in Bruchhausen-Vilsen

Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr

Sitzungsende: 21:10 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Lars Bierfischer

Stimmberechtigte Mitglieder

Heinfried Bröer

Matthias Hittmeyer

Heinrich Schröder

Lars Bierfischer

Heinrich Lackmann

Georg Pilz

Bernd Prumbaum

Klaus-Dieter Kasper

Heinfried Kabbert

Johann König

Reinhard Thöle

als Vertreter für Heinrich Wachendorf

Mitglieder ohne Stimmberechtigung

Karl-Heinz Grahl

Michael Ullmann

Verwaltung

Horst Wiesch

Bernd Bormann

Ralf Rohlfing

Gäste

Heinrich Klimisch

Ulf-Werner Schmidt

Alwin Schlörmann

Berit Kirschner-Klutzkewitz

Öffentlicher Teil :

Punkt 1:

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzender Bierfischer eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ausschuss mit Ladung vom 17.11.2005 ordnungsgemäß geladen und beschlussfähig ist.

Punkt 2:

Genehmigung der Niederschrift über die 18. Sitzung vom 03.03.2005

Die Niederschrift wird ohne Einwände einstimmig genehmigt.

Punkt 3:

Gespräch mit Herrn Schlörmann (EWE) über die Entwicklung des Gaspreises

Herr Wiesch berichtet von den Beratungen im Samtgemeindeausschuss und der allgemeinen Diskussion in der Öffentlichkeit über die Gaspreiserhöhung im laufenden Jahr. Wie auch andere Kommunen in Niedersachsen hat die Samtgemeinde als Folge reagiert, indem der Abschlagsbetrag um die Erhöhung gekürzt wurde. Gegenüber der EWE AG sollte damit ein Zeichen gesetzt werden, dass die Erhöhung nicht akzeptiert werde. Der heutige TOP soll dazu dienen, dass die EWE AG das Zustandekommen der Preises und der Erhöhung darlegen kann.

Herr Schlörmann bedankt sich für die Einladung und dass der EWE AG die Möglichkeit geboten wird, über das aktuelle Thema zu informieren. Er stellt zum Anfang seines Berichtes fest, dass aufgrund der Anbieteröffnung im Jahr 2007 natürlich keine Kalkulationsgrundlagen vorgestellt werden.

Anhand von Folien macht Herr Schlörmann darauf aufmerksam, dass aufgrund des steigenden Welternergieverbrauchs eine zukünftige erhöhte Nachfrage nach u.a. Erdgas zu verzeichnen sein wird. Damit gleichbedeutend erhöht sich auch der Einkaufspreis für die Energieversorger. Deshalb sei man auch bemüht, langfristige Verträge abzuschließen, um s.g. Energiereserven bilden zu können.

Weiter erläutert Herr Schlörmann die Zusammenhänge der Ölpreiskoppelung, wobei gerade der Preis des leichten Öls im Gegensatz zum Erdgas oft schwankt. Mit zeitlicher Verzögerung passt sich der Gaspreis dem des Öls an. Gleiche Entwicklungen sind bei allen Ersatzprodukten, so auch bei Diesel und Biodiesel, zu erkennen. Herr Schlörmann erklärt, dass in den vergangenen Jahren beim Gas eine geringere Preiserhöhung zu verzeichnen war als beim Öl. Gleichzeitig kann sich die EWE AG als einer der günstigsten Gas-Anbieter bezeichnen. Aufgrund der Ausrichtungspolitik unter Beteiligung von Kommunen als Anteilseigner der EWE AG wurde auch nur eine Umsatzrendite von 3 % veranschlagt. Gleichzeitig wurden die vergangenen Preiserhöhungen beim Gaseinkauf auch nicht voll auf die Endverbraucher umgelegt.

Auf Nachfrage von Herrn Bröer teilt Herr Schlörmann mit, dass der Preis für Biogas aufgrund der austauschbaren Marktsegmente auch schon einmal abgekoppelt gegenüber den anderen Produkten einzustufen ist.

Auf Anfrage von Herrn Wiesch macht Herr Schlörmann deutlich, dass die EWE AG bemüht ist, den

Gaspreis auch zukünftig gering zu halten, soweit sich die Vorkosten in einem vernünftigen Rahmen befinden.

Herr Lackmann zeigt sich überrascht, dass bei der EWE AG nur eine 3 % Rendite zugrunde gelegt wird. Er bittet auch zu verstehen, dass die Samtgemeinde nicht den Willen hat, den Gaspreis zu drücken.

Herr Thöle erkundigt sich nach dem allgemeinen Verhalten der Kunden nach der Preiserhöhung und auf das zukünftige Verhalten der EWE AG auf säumige Kunden. Herr Schlörmann berichtet von Kunden, die nur unter Vorbehalt gezahlt haben und von anderen, die den Erhöhungsbetrag gekürzt haben. Die säumigen Beträge werden im Mahnverfahren angefordert. Dies kann auch ein Mahnbescheid bzw. eine Klage zur Folge haben. Davon betroffen wären auch die Kommunen. Es ist nicht beabsichtigt, die Versorgungen einzustellen.

In diesem Zusammenhang weist Herr Schlörmann darauf hin, dass bei einer Entscheidung des Bundeskartellamtes zugunsten des Verbrauchers alle Kunden gleich behandelt werden. Die Gutschriften bei den Abrechnungen bzw. die Erstattungen erhalten alle Abnehmer.

Herr Schmidt und Herr König machen deutlich, dass die Samtgemeinde neben zahlreichen anderen Kommunen durch die Kürzung auf den nicht hinnehmbaren Zustand hinweisen wollen. Auf Nachfrage von Herrn König weist Herr Schlörmann darauf hin, dass die EWE AG und EWE TEL unterschiedliche Unternehmen sind und eine Gewinnverlagerung nicht vorgenommen wird. Stattdessen sei positiv zu verzeichnen, dass die EWE TEL seit drei Jahren schwarze Zahlen schreibt.

Zum Abschluss bedankt sich Herr Wiesch bei Herrn Schlörmann für dessen Ausführungen. Herr Wiesch empfiehlt, dass der Samtgemeindeausschuss darüber entscheiden sollte, ob weiterhin der gekürzte oder der volle Betrag gezahlt werden soll. Der Samtgemeindeausschuss hatte auch die Kürzung der Abschläge beschlossen. Die Ausschussmitglieder nehmen dies zustimmend zur Kenntnis.

Punkt 4:

ÖPNV – Bericht über die Fortführung der Linie 751

Herr Wiesch berichtet von den bisherigen Beratungen. Aufgrund der aktuellen Fahrgastzahlen der Linie 751 hatte die Firma Masemann einen höheren Zuschussbetrag beantragt, damit die Weiterführung dieser Linie gesichert ist. Nachdem der Samtgemeindeausschuss hierzu nicht ohne weiteres bereit war, wurde die Angelegenheit in der Marketinggruppe Martfeld aufgegriffen, um nach Lösungen zu suchen.

Frau Kirschner-Klutzkewitz stellt ihr Modell des Anruflinientaxis vor, wodurch die Linie 751 weitergeführt werden könnte. Zweimal morgens und zweimal abends hätten die Fahrgäste die Möglichkeit bei Bedarf das Angebot anzunehmen. Sie erläutert die Probleme um das komplexe Thema Abrechnung mit dem ZVBN, gerade mit den Fahrgästen mit einem Jahresabo. Die Summe und der Zeitpunkt der Zahlung ist recht schwierig nachzuvollziehen und für den Busunternehmen nicht gerade wirtschaftlich. Frau Kirschner-Klutzkewitz erinnert an die Dringlichkeit der Entscheidung, weil andernfalls die Linie zum 11.12.2005 eingestellt werden würde.

Herr Wiesch teilt mit, dass ihm der ZVBN im Rahmen von Verhandlungen zugesagt hat, dass von dortiger Seite ein einmaliger Zuschuss in Höhe von 25 % für den Fortbestand der Linie in den nächsten 4 ½ Monaten gewährt wird. Für die Samtgemeinde würde ein Zuschuss von 5.000,00 € verbleiben. Bisher wurde die Linie mit 3.600,00 € bezuschusst. In den nächsten 4 ½ Monaten

müsste dann dringend nach Lösungen gesucht werden.

Herr Thöle unterstützt diesen Vorschlag, wobei er die dringliche Notwendigkeit nochmals unterstreicht. Auf seine Frage hin erklärt Frau Kirschner-Klutzkewitz, dass z.Zt. zehn nicht regelmäßige Gäste und sieben Pendler den Bus nutzen.

Herr Lackmann zeigt sich enttäuscht über die kurzfristige Streichung der Linie 751. Aus seiner Sicht muss den Bürger über die nächsten 4 ½ Monaten geholfen werden. Auch Herr König bittet darum, dass den Berufspendlern und gerade den Auszubildenden auch zukünftig die Möglichkeit geboten wird, Richtung Bremen mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zu kommen.

Herr Kabbert bemängelt, dass immer die öffentliche Verwaltung für unwirtschaftliche Dinge eintreten muss. Soweit eine konkrete Streichung abzusehen ist, sollte diese bereits zum jetzigen Zeitpunkt vorgenommen werden.

Die Sitzung wird für eine eingeschobene Einwohnerfragestunde unterbrochen.

Die beiden Bürger erklären, dass es ihnen nicht um Almosen geht, sondern über die Fortführung der Linie 751 und damit den Pendleranschluss nach Bremen. Sie befürchten, dass die Linie nach deren evt. Streichung für immer wegfallen würde. Gleichzeitig beklagen sie sich über die kurzfristige beabsichtigte Streichung der Verbindung.

Die Einwohnerfragestunde wird beendet.

Herr Prumbaum wundert sich über den Begriff Almosen, denn dabei handelt es sich um Steuergelder in Höhe von immerhin 5.000,00 €.

Der Planungsausschuss empfiehlt, einen Zuschuss in Höhe von 5.000,00 € bei gleichzeitiger Bezuschussung durch den ZVBN in Höhe von 25 % für die Weiterführung der Linie 751 in den nächsten 4 ½ Monaten zu zahlen. In diesem Zeitraum soll nach Möglichkeiten der dauerhaften Sicherung der Linie gesucht werden. Im Februar 2006 soll in einer Planungsausschusssitzung grundsätzlich zum Thema ÖPNV informiert und beraten werden.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 1 Enthaltung

Punkt 5:

00-0410/05

74. Flächennutzungsplanänderung, Teilplan 0 – Übersichtsplan (Heuhotel Heidhoff)

- a) Beschluss über Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit**
- b) Beschluss über Stellungnahmen aus dem Verfahren gem. § 4 Abs. 1 BauGB**
- c) Auslegungsbeschluss und parallele Durchführung des Verfahrens gem. § 4 Abs. 2 BauGB**

Der Planungsausschuss empfiehlt:

- a) Die Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB wird zur Kenntnis genommen.
- b) Die während der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen, die keine Anregungen enthalten, werden zur Kenntnis genommen. Zu den vorgetragenen Anregungen werden die Beschlussempfehlungen gemäß Beschlussvorlage beschlossen.
- c) Es wird die öffentliche Auslegung der 74. Flächennutzungsplanänderung mit Begründung und

Umweltbericht gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie die parallele Durchführung der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB beschlossen.

Der Geltungsbereich liegt der Beschlussvorlage in Kopie bei.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Punkt 6:

00-0417/05

59. Flächennutzungsplanänderung, Teilplan D – Süstedt

- a) Beschluss über Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit**
- b) Beschluss über Stellungnahmen aus dem Verfahren gem. § 4 Abs. 1 BauGB**
- c) Auslegungsbeschluss und parallele Durchführung des Verfahrens gem. § 4 Abs. 2 BauGB**

Herr Bormann weist daraufhin, dass das Niedersächsische Landvolk eine Stellungnahme nachgereicht hat, die mit in die Planungen aufgenommen wird.

Der Planungsausschuss empfiehlt:

- a) Die Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB wird zur Kenntnis genommen.
- b) Die während der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen, die keine Anregungen enthalten, werden zur Kenntnis genommen. Zu den vorgetragenen Anregungen werden die Beschlussempfehlungen gemäß Beschlussvorlage beschlossen.
- c) Es wird die öffentliche Auslegung der 59. Flächennutzungsplanänderung mit Begründung und Umweltbericht gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie die parallele Durchführung der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB beschlossen.

Der Geltungsbereich liegt der Beschlussvorlage in Kopie bei.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Punkt 7:

00-0422/05

Vereinbarung zur Umstufung der Gemeindeverbindungsstraßen

Herr Wiesch geht kurz auf die umfangreichen Beratungen in den Gremien der Samtgemeinde und der Mitgliedsgemeinden ein. Auf der Grundlage der Vereinbarungen wurden bereits in den Haushaltsplanentwürfen die Entschädigungssummen aufgenommen.

Herr Prumbaum hinterfragt den in § 3 aufgenommenen Zeitraum von 25 Jahren. Nach kurzer Aussprache sind sich die Anwesenden einig, diesen Zeitraum so zu belassen, damit die Vereinbarung auch in allen Mitgliedsgemeinden Akzeptanz erhält.

Der Planungsausschuss empfiehlt:

Auf Basis des der Vorlage als Anlage beigefügten Entwurfes soll mit allen Mitgliedsgemeinden eine Vereinbarung zur Umstufung der Gemeindeverbindungsstraßen zu Gemeindestraßen geschlossen werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Enthaltung

Punkt 8:

Beratung über den Haushaltsplanentwurf 2006

Herr Rohlfing erläutert die wesentlichen Ein- und Ausgabenpositionen für den Bereich Feuerwehrwesen. Der Verwaltungshaushalt ist zum größten Teil budgetiert und wird von der Feuerwehr eigenständig verwaltet. Auf Nachfrage von Herrn König erklärt Herr Rohlfing, dass der Beitrag an die Feuerwehrunfallkasse (FuK) nach dem Zusammenschluss zur FuK Niedersachsen zunächst stark schwankte. Mittlerweile hat sich der Beitrag jedoch stabilisiert.

Für die im Vermögenshaushalt veranschlagten Mittel für die Beschaffung des Tragkraftspritzenfahrzeuges Asendorf teilt Herr Wiesch mit, dass im Haushaltsplan 2006 eine Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2007 aufgenommen wurde, so dass die Aufträge bereits in 2006 erteilt werden können. Wegen der weiteren Ersatzbeschaffungen von Feuerwehrfahrzeugen soll im Frühjahr 2006 eine Besichtigung der vorhandenen Fahrzeuge erfolgen, damit sich die Ratsmitglieder selber ein Bild vom Zustand machen können.

Im Zusammenhang mit dem Feuerwehrhaus Asendorf weist Herr Wiesch darauf hin, dass die Rohbaufirma eine zusätzliche Forderung von ca. 150.000,00 € stellt. Die Entscheidung über diese Forderung wird voraussichtlich gerichtlich fallen.

Herr Bormann berichtet über die Haushaltsansätze im Bereich Bauverwaltung und Rathaus. Dabei geht er insbesondere auf die Ausschreibung der Reinigungsarbeiten in den öffentlichen Gebäuden der Samtgemeinde und der Mitgliedsgemeinden ein. Die EU-weite Ausschreibung hat insgesamt Einsparungen von ca. 50.000,00 € gebracht. Aufgrund von notwendigen Formalien im Ausschreibungsverfahren erfolgt die Auftragsvergabe erst im Februar/ März 2006.

Weiter teilt Herr Bormann mit, dass unter Hhst. 6300.6720 (Zuwendungen an die Mitgliedsgemeinden) die Entschädigungen für die GVS in Höhe von 75.000,00 € aufgenommen wurden.

Der Planungsausschuss empfiehlt die Beschlussfassung der betroffenen Haushaltsstellen im Verwaltungshaushalt und Vermögenshaushalt für den Haushaltsplan 2006 der Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen.

Punkt 9:

Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen keine Mitteilungen vor.

Punkt 10:

Anfragen und Anregungen

Es liegen keine Anfragen vor.

Punkt 11:

Einwohnerfragestunde

Punkt 11.1:

Stellungnahme des Niedersächsischen Landvolks

Herr Albers bittet darum, dass die vom Niedersächsischen Landvolk vorgebrachten Anregungen bei den Flächennutzungsplanänderungen Beachtung finden.

Herr Bierfischer bedankt sich bei den Anwesenden für die Mitarbeit und schließt die Sitzung um 21.10 Uhr.

Der Ausschussvorsitzende

Der Samtgemeindebürgermeister

Der Protokollführer